



Berlin, 6. Dezember 2011

Nach beschlossenem Abzug der Koalitionstruppen:

GdP sorgt sich um deutsche Polizisten in Afghanistan

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat erhebliche Sorge um die Sicherheit der deutschen Polizisten in Afghanistan. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Bundesregierung darf unsere Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen lassen, wenn die kämpfenden Truppen des internationalen Militärs Ende 2014 aus dem Bürgerkriegsland abziehen, die Polizei jedoch im Rahmen der Aufbauhilfe voraussichtlich bis 2024 am Hindukusch bleiben soll.“

Mehrfach wurde am Rande der Afghanistan-Konferenz die Befürchtung geäußert, dass die Kampftruppen der Taliban nach dem Abzug der internationalen Militärs eine Offensive zur Rückeroberung des Landes beginnen werden. Witthaut: „Auch Beobachter in Afghanistan selbst gehen von einer Neuauflage des Bürgerkrieges aus. Der Gedanke, dass unsere Kolleginnen und Kollegen einer solchen Offensive schutzlos ausgeliefert sein könnten, ist unerträglich. Die Bundesregierung muss umgehend ein Sicherheitskonzept erarbeiten.“

Unstreitig sei, dass Afghanistan weitere Aufbauhilfe benötige. Witthaut: „Ein funktionierendes Polizei- und Justizwesen ist Grundlage einer zivilen Verwaltung. Gerade der Aufbau eines Rechtsstaates ist den Aufständischen ein Dorn im Auge. Sie werden die deutschen Polizisten sofort ins Fadenkreuz nehmen, wenn der militärische Schutz nicht mehr vorhanden ist.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190